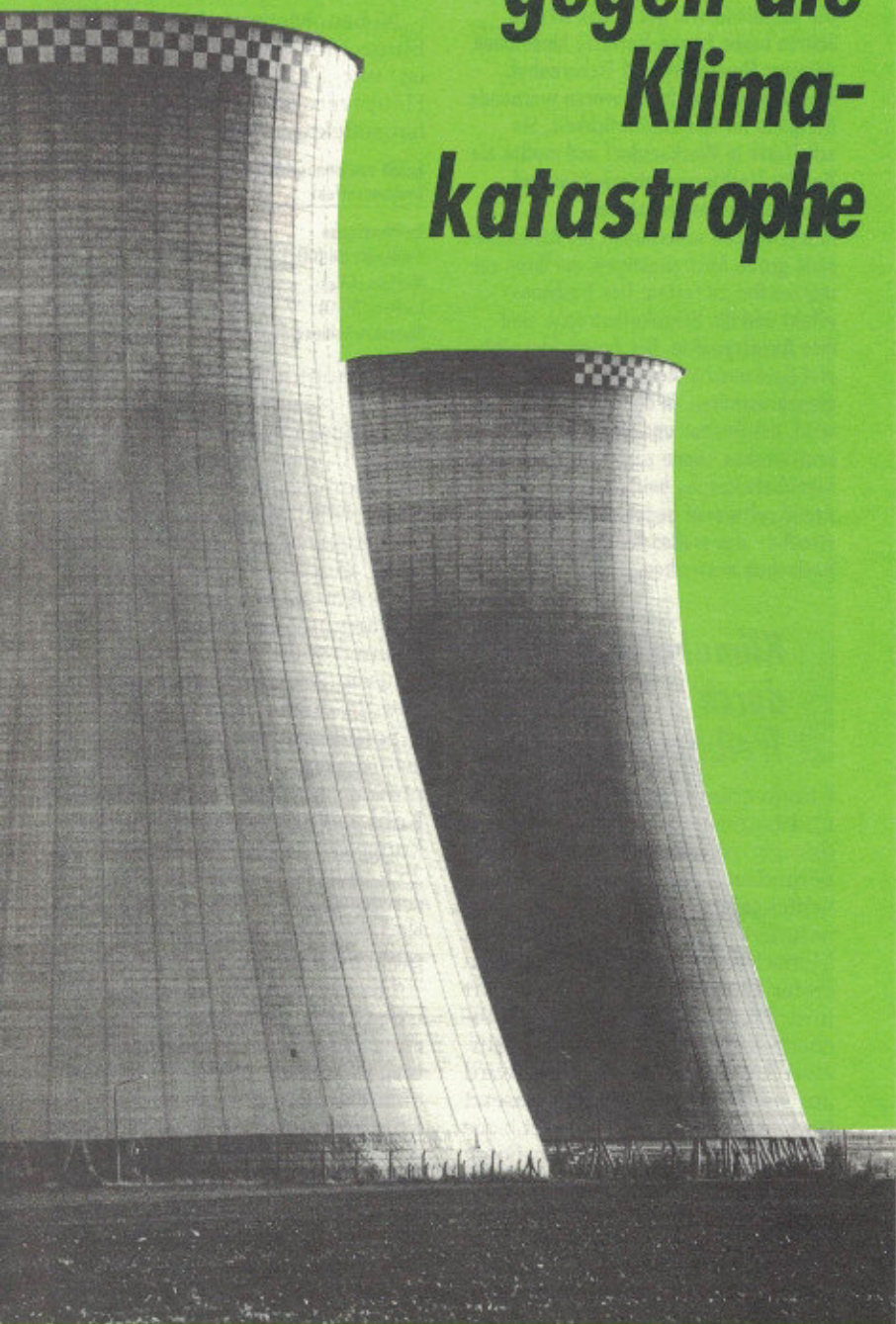


ATOMENERGIE
– todsicher
kein Beitrag
gegen die
Klima-
katastrophe



DIE GRÜNEN

Atomenergie – todsicher kein Beitrag gegen die Klimakatastrophe

Die Lügen der Atomindustrie

Die Atomindustrie hat in den letzten Jahren herbe Image-Verluste hinnehmen müssen: Harrisburg und Tschernobyl, Transnuklear und Biblis waren warnende Beispiele für ihre Gefährlichkeit. Sie scheiterte in Wackersdorf und mußte ein Aus für Hochtemperaturreaktor und Schnellen Brüter hinnehmen.

In letzter Zeit unternimmt die Atomindustrie große Anstrengungen, um ihren ruinierten Ruf zu retten: Der Treibhauseffekt und die Klimakatastrophe sind ihre Ansatzpunkte. Die Atomlobby gibt viel Geld aus für Anzeigen und Hochglanzbroschüren, in denen verkündet wird, der Ausbau und Neubau von Atomkraftwerken könne zum Schutz vor einer Klimakatastrophe beitragen. Atomkraftwerke gegen die Klimakatastrophe - das hieße: den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Klimakatastrophe durch Treibhauseffekt

Klimaveränderungen erschrecken und bedrohen die Menschen auf der ganzen Welt. Diese Klimaveränderungen sind keine Schicksalsschläge, die wir hinnehmen müssen. Sie sind von Menschen verursacht. Sie sind in erster Linie das Resultat der Art und Weise, wie in den westlichen Industrienationen produziert und gelebt wird: Es wird auf ständiges Wachstums gesetzt und die Umwelt ruiniert, die Atmosphäre zerstört. Eine Folge sind Klimakatastrophen aufgrund des Treibhauseffekts. Wie entstehen Treibhauseffekt und Klimakatastrophen?

Mit wachsender Produktion und zunehmendem Verkehr gelangen ständig mehr Stoffe in die Atmosphäre, die das ökologische Gleichgewicht verändern. Die

Folge ist eine Erwärmung der Erdatmosphäre, der Treibhauseffekt, der sich katastrophal auswirken kann.

Neben Methan, Lachgas und Fluorchlorkohlenwasserstoffen ist mit 50% Kohlendioxid der Hauptverursacher des Treibhauseffektes.

Anteil von atmosphärischen Spurengasen am Treibhauseffekt

Treibhausgase	Anteil in %
Kohlendioxid (CO ₂)	50
Methan (CH ₄)	19
Lachgas (N ₂ O)	4
Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW)	15

Die Hauptquellen dieser Emissionen stammen aus der Verbrennung fossiler Energieträger wie Öl, Gas, Kohle oder Holz, aus Biomasse und von Lösungs- oder Kühlmitteln. Diese Gase brauchen einige Zeit zum Aufstieg in die höheren Schichten der Atmosphäre, wo sie zur Erwärmung beitragen. Selbst bei einem sofortigen Stopp der Emissionen würde also die Temperatur noch weiter ansteigen.

Sofortiges Handeln ist deshalb erforderlich. Die Regierung nimmt sich Zeit: Bundeskanzler Kohl hat Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen um 25% bis 2005 angekündigt. Ein schlüssiges Konzept für eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes gibt es jedoch nicht.

Die alleinige Reduzierung von CO₂ kann zwar zur Verhinderung einer Klimakatastrophe beitragen. Aber diese Maßnahme allein wird nicht ausreichen, da CO₂ nur zur Hälfte am Treibhauseffekt beteiligt ist und nicht alle CO₂-Quellen verschlossen werden können. Schon daraus wird ersichtlich, daß Atomkraftwerke als Ersatz für CO₂-Emitenten allein nicht ausreichen können, um den Treibhauseffekt wirksam zu vermindern. Es muß bei allen Treibhausgasen ange- setzt werden.

CO₂-Reduzierung durch Atomenergie?

Wie groß der Beitrag der Atomenergie für eine CO₂-Reduzierung sein könnte, ist abhängig von deren Rolle bei der Energieversorgung.

Der Endenergie-Verbrauch verteilte sich 1990 in Deutschland wie folgt:

Industrie	31,6%
Verkehr	25,3%
Haushalte	25,2%
Kleinverbraucher	17,9%

17% des Endenergie-Verbrauchs wurde durch Strom abgedeckt. Daran hatte die Atomenergie einen Anteil von 33,1%. Das heißt: Der Anteil der Atomenergie am Endenergie-Verbrauch betrug 5,6%.

Atomkraftwerke produzieren kein CO₂. Die Frage ist aber – von den Risiken dieser Technologie mal abgesehen –, wie und unter welchen Bedingungen die Atomkraft einen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen leisten kann.

Um alle Kohle-, Öl- und Gaskraftwerke zur Stromproduktion in Deutschland zu ersetzen, müßte die Zahl der AKWs dreifach werden. Angesichts

eines Stromanteils von 17% am gesamten Energie-Verbrauch, wäre dieser Beitrag zur Reduzierung von CO₂ mehr als gering. Eine Möglichkeit wäre natürlich, den Stromanteil am Energie-Verbrauch zu steigern. Diese Steigerung müßte aber um einiges höher sein als die ersetzte Energiemenge, weil bei der Umwandlung von Strom in Energie zusätzliche Verluste auftreten.

Um durch den Ausbau der Atomenergie oder eine Steigerung des Stromanteils bei der Energieversorgung einen Beitrag zum Schutz vor einer Klimakatastrophe leisten zu können, wäre also ein Vielfaches des jetzigen Bestandes an Atomkraftwerken nötig.

Mehr Atomkraftwerke heißt: mehr Probleme. Atomkraftwerke brauchen wegen der Abwärme eine große Menge Kühlwasser. Dabei wäre fraglich, ob das Wasser überhaupt sauber genug wäre, und ob, vor allem im Sommer, genügend vorhanden wäre. Von den ökologischen Schäden der Wassererwärmung mal abgesehen. Ein anderes gravierendes Problem ist die Entsorgung des radioaktiven Mülls: Es gibt keine sichere »Entsorgung«.



Sturmflut über Cornwall, Südwestküste Großbritanniens

CO₂-Verursacher

Die Quellen von CO₂-Emissionen verteilen sich folgendermaßen:

CO ₂ -Emissionen	in Mill t	in %
nach Sektoren		
Kraft- und Fernheizwerke	247	35,9%
Industrie	148	21,5%
Kleinverbraucher	45	6,5%
Haushalte	88	12,8%
Verkehr	160	23,3%
Gesamt	688	100,0%
<i>(alte Bundesländer, 1989)</i>		
nach Energie-Trägern		
Steinkohle	206	
Braunkohle	105	
Mineralöl	281	
Gas	103	
Gesamt	695	
<i>(alte Bundesländer, 1989)</i>		

Um effektiv die drohende Klimakatastrophe abzuwenden, nützt es wenig, nur beim Stromverbrauch anzusetzen. Dessen Anteil an der CO₂-Produktion ist zwar nicht zu vernachlässigen. Aber um wirksam zu sein, muß vor allem in den anderen, größeren Bereichen eine Einsparung vorgenommen werden.

Auf Atomkraftwerke zu setzen, führt zu keiner nennenswerten Verringerung des Treibhauseffektes. Der Bau eines Atomkraftwerkes würde nach Angaben der Atomindustrie im Betrieb eine Einsparung der CO₂-Emission von 9-10 Mio.t pro Jahr oder 1,4% erbringen. Zu der von der Bundesregierung beabsichtigten Reduzierung von 25% bis 2005 wäre dies ein verschwindend geringer Beitrag. Und: die Milliarden, die der Bau und Betrieb von Atomkraftwerken verschlingt, könnten mit einem weit größeren Nutzen für effektivere Maßnahmen der CO₂-Reduzierung eingesetzt werden.

Wege zum Klimaschutz

Atomkraftwerke würden nur einen geringen Beitrag gegen die Erwärmung der Atmosphäre leisten. Sie sind aber ein großes Risiko für Gesundheit und Leben. Auf Atomenergie setzen, heißt: den Bock zum Gärtner machen.

Statt auf Atomenergie müssen wir auf intelligente und flexible Konzepte des Umgangs mit Energie setzen.

Energiewende

Die Energie-Verschwendung bei der Stromversorgung und fast allen anderen Energie-Trägern ist gigantisch. In Großkraftwerken kann über 60% der eingesetzten Energie nicht genutzt werden. Genauso sieht es meist bei den Verbrauchern aus. Ein großer Teil der eingesetzten Primärenergie verpufft ungenutzt.

Bei einer effizienten Bereitstellung von Energie für warme Wohnungen, Transport, Produktion usw. wäre der Bedarf an Primärenergie-Trägern viel geringer, so daß die Atomenergie nicht benötigt würde. Geld, das für Energie-Einsparung - statt für den Bau von AKWs - verwendet wird, bringt eine fünf-fach höhere Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Das von den GRÜNEN IM BUNDESTAG vorgelegte Energiewende-Szenario beweist: Der Energie-Verbrauch könnte in den nächsten 20 Jahren um 40% und der Stromverbrauch um ein Drittel sinken. Der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie ist vereinbar mit einer CO₂-Reduzierung. Das Szenario ist technisch und wirtschaftlich umsetzbar - und wird ökologischen und sozialen Anforderungen gerecht.

Deshalb ist die Behauptung der Atomindustrie falsch, der Treibhauseffekt wäre ohne Atomkraftwerke noch viel schlimmer. Das Gegenteil ist der Fall. Der Energie-Verbrauch und die CO₂-Emissionen können bei anderen Versorgungsstrukturen erheblich geringer sein.

Für eine Energiewende müssen endlich die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir brauchen eine Umgestaltung des Energiewirtschafts-Gesetzes und die Einführung von CO₂- und Energieverbrauchs-Steuern nach ökologischen Gesichtspunkten. Die Nutzung und Gefährdung der Lebensgrundlagen darf nicht mehr gratis erfolgen, sondern muß in die Kostenrechnung der Produzenten und Verbraucher.

Verschwenderische Großtechnologien, die unsere Umwelt ruinieren, sind nicht länger tragbar.

■ Verkehrswende

Zu einem erheblichen Teil trägt der Verkehr zum Treibhauseffekt bei. Die Entwicklung im Verkehrssektor war in den letzten Jahrzehnten gewaltig – und die Tendenz ist weiter steigend.

Die Einführung des Katalysators wurde fast vollständig durch die Zunahme des Straßenverkehrs aufgehoben, abgesehen davon, daß er keine Reduzierung der CO₂-Emissionen bewirkt.

Diese Entwicklung muß umgelenkt werden. Wir brauchen

neben einem anderen Energie-Konzept ein wirksames Verkehrs-Konzept. Wir brauchen dringend eine Umkehr in der Verkehrspolitik.

■ Weltwirtschaftswende

Gegenwärtig verbraucht 22% der Weltbevölkerung in den Industriestaaten zwei Drittel der Energie und produziert zwei Drittel des jährlichen CO₂-Ausstoßes. Die restlichen 78% der Weltbevölkerung leben, verglichen mit uns, ohne Komfort und oft in bitterer Armut.

Würde unser Weg der Industrialisierung auch in diesen Teilen der Erde verfolgt werden, hätte das katastrophale Folgen.

Risiken der Atomenergie

Uran

Die Gefährdung durch Atomenergie beginnt bereits mit dem Uranabbau. Seit kurzer Zeit wissen auch die Westdeutschen besser, was es heißt, in einer Region zu leben, die durch die Folgen des Uranabbaus verseucht wurde. Bisher waren diese Stätten weit von uns weg. Jetzt gibt es auch in Deutschland ein Gebiet, das unter diesen Folgen leidet. Die Sanierung der Wismut AG in Sachsen kostet nicht nur Geld, sondern der Uranabbau hat nicht sanierbare Schäden bei Mensch und Natur hinterlassen.

Transport

Rund 400.000 Atommüll-Transporte rollen jährlich über unsere Straßen, davon ungefähr 10.000 Transporte hochgefährlicher radioaktiver Abfallprodukte und über 1.500 Transporte mit erhöhtem Gefährdungspotential. Diese Transporte stellen auf allen Strecken ein hohes Sicherheitsrisiko dar. Schon bei einem normalen Transport tritt Radioaktivität aus. Die Gefahren bei einem Unfall können katastrophal sein. Dagegen gibt es keinen Schutz, alle können davon betroffen sein.

Müll

Die Befürchtungen, daß der atomare Abfall aus Atomkraftwerken ein unlösbares Problem darstellt, sind inzwischen drastisch bestätigt worden. Es gibt immer mehr radioaktiven Müll – aber kein sicheres »Entsorgungs«-Konzept. Die bloße Lagerung in Atomkraftwerken oder der Export müssen als »Lösungen« herhalten. Dabei vergrößern sich die Strahlungsrisiken für die Bevölkerung und die Schwierigkeiten der langfristigen »Entsorgung« jeden Tag. Jeder Versuch, dieses Problem zu lösen, muß deshalb bei den Ursachen beginnen, also sofort mit jeder weiteren Produktion von Atommüll aufhören.

Unfall

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat die große Unfallgefahr, die von Atomkraftwerken ausgeht, bestätigt. Ein Kernschmelzunfall mit unkontrollierter Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt ist auch bei deutschen Atomkraftwerken nicht auszuschließen. Die Folgen wären bei der höheren Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik weit schlimmer.

Die Lösung kann deshalb nicht sein, bei uns so weiterzumachen wie bisher und anderen als schlechtes Beispiel zu dienen. Wir müssen den Wohlstand teilen, Lösungen finden für ein gerechtes Verhältnis zwischen allen Menschen. Auch dabei führt die Atomenergie in die Sackgasse. Die Atomenergie bringt den weniger entwickelten Ländern keineswegs Aufschwung und Reichtum. Denn sie ist dort weder bezahlbar noch handhabbar. Auch eine Aufteilung nach dem Muster: für die reichen Länder Atomkraftwerke, für die ärmeren konventionelle Kraftwerke, löst kein Problem.

Zum Weiterlesen

■ Treibhauseffekt und CO₂-Emissionen. 28 Seiten, DM 1,60 (plus Versand)

■ Das GRÜNE Energiewende-Szenario 2010. 273 Seiten, DM 19,90 (plus Versand)

Zu beziehen über:
DIE GRÜNEN Versand,
Heerstraße. 172, W-5300 Bonn 1

Maßnahmen zum Schutz des Klimas

- Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie
- Neufassung des Energiewirtschafts-Gesetzes mit dem Ziel einer dezentralisierten und umweltverträglichen Energieversorgung
- Einführung bzw. Erhöhung von Energieverbrauchs-Steuern
- Förderung von regenerativen Energiequellen
- Sofortige Einführung von Tempo 100/80/30
- Erhöhung der Mineralölsteuer
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
- Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene
- Verbot von FCKW und Halonen
- Verbot von Tropenholzimporten
- Wende in der Entwicklungshilfepolitik zur Förderung energiesparender, umweltfreundlicher und angepasster Energietechnologie
- Herstellung einer gerechteren Weltwirtschaft

Impressum:

Herausgeberin: DIE GRÜNEN, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Text: Peter Kern, Undine von Blottnitz · Redaktion, Gestaltung und v.i.S.d.P. Norbert Franck

Satz: kipp Satz, Bonn · Druck: PR Druck, Bonn · Fotos: Joker

Gedruckt auf 100% Altpapier

1. 92 / 10000